

Pressemitteilung GENUK – 18.05.2018

## **Debatte um Schiefergas-Probepbohrungen in Niedersachsen: Wirtschaftsminister Althusmann übergeht nachweisliche Gesundheitsgefahren für die Bevölkerung**

Auch, wenn er inzwischen zurückgerudert ist: Mit seinen Plänen, in Niedersachsen Probepbohrungen für das Schiefergasfracking durchführen zu wollen, zeigt Wirtschaftsminister Althusmann, CDU, seine Bereitschaft, das bis 2021 geltende Verbot des Schiefergas-Frackings in Frage zu stellen – dann würde der Welle von 48.000<sup>1</sup> Schiefergas-Frackingbohrungen in Norddeutschland unter Umständen nichts mehr entgegenstehen. Das Land Niedersachsen besteht aber weiter unverändert auf dem Standpunkt, die Hochrisikotechnologie des Frackings auf keinen Fall verbieten zu wollen. Mit verheerenden und irreversiblen Folgen für Umwelt und Gesundheit kann dann - mittlerweile sogar wissenschaftlich dokumentiert - gerechnet werden.

Seit dem Schiefergas-Frackingboom steht in den USA eine derartige Fülle an Studien über Gesundheits- und andere Gefahren zur Verfügung, dass sogar der Staat New York 2014 und eine lange Liste von anderen Staaten<sup>2</sup> ein Frackingverbot erlassen haben. Dies scheint die niedersächsische Politik nicht zu interessieren. Aber auch das Schicksal der Menschen, die bisher nachweislich in räumlicher Nähe zu Gas- und Ölförderanlagen in Niedersachsen bis heute anhaltend unter stark erhöhten Krebsraten zu leiden haben wird hier mit geradezu brüskierender Ignoranz behandelt.

Bereits seit 2014 wurden die ersten signifikanten Krebsraten der Non-Hodgkin-Lymphomgruppe in der Samtgemeinde Bothel, im Landkreis Rotenburg-Wümme (ihr folgten noch weitere in der Gemeinde Stadt Rotenburg, aber auch im Erdölförderdorf Rodewald im LK Nienburg) auf Betreiben von Bürgerinitiativen und Journalisten festgestellt. Seitdem hatten sich zwar sogar Hinweise auf einen möglichen Zusammenhang der anhaltend hohen Krebsraten und der Gasförderung noch erhärtet.

Aber vor dem großen Wurf einer vollständigen epidemiologischen Fall-Kontroll-Studie scheut sich die Landesregierung bis heute. Die beiden derzeit laufenden Untersuchungen werden nach Abschluss kaum harte Beweiskraft haben können, zumal die Human Biomonitoring-Studie die Aufklärung der Ursachen der anhaltend hohen Krebsraten ausdrücklich gar nicht zum Ziel hat.

Die GENUK-Vorsitzende Kathrin Otte fordert deshalb „eine Zusage der Landesregierung, die derzeit laufende epidemiologische Teilstudie mit einem Befragungsanteil zu vervollständigen, auch wenn dies höhere Kosten verursacht. Das kann kein Argument sein, wenn es um die Gesundheit der Bevölkerung geht!“ Die von Minister Althusmann ins Spiel gebrachten Probepbohrungen würden sogar pro Jahr mit 4-5 Millionen Euro von den Steuerzahler\*innen finanziert werden.

<sup>1</sup> Siehe UBA II Gutachten, Seite 523-524

<sup>2</sup> Siehe [http://concernedhealthny.org/wp-content/uploads/2018/03/Fracking\\_Science\\_Compndium\\_5FINAL.pdf](http://concernedhealthny.org/wp-content/uploads/2018/03/Fracking_Science_Compndium_5FINAL.pdf)

Zudem muss eine sofortige umfassende Flugzeug-/Helikopter-gestützte Untersuchung auf Luftschadstoffe über den aktiven Förderanlagen erfolgen - wie in den USA mit Hilfe der NASA durchgeführt. „Damit“ so Otte weiter, „kann endlich Gewissheit über gesundheitliche Risikofaktoren und gleichzeitig eine valide Grundlage für Gesundheitsstudien geschaffen werden.“

Eine größere Luftmesskampagne hat es in 70 Jahren Erdöl- und Erdgasförderung in Niedersachsen noch nie gegeben – auch nicht unter einer rot-grünen Regierung. „Das ist eine skandalöse Unterlassung angesichts der Notwendigkeit von Sofortmaßnahmen, die seit 2014 nicht im Sinne des Vorsorgeprinzips ergriffen wurden“ kritisiert die GENUK-Vorsitzende.

GENUK fordert Wirtschaftsminister Althusmann auf, den krebserkrankten Bürger\*innen in den Öl- und Gasfördergebieten durch praktische Vorsorgemaßnahmen den notwendigen Respekt zu zollen und aktiv zu bewirken, dass weiterer möglicher Schaden von der Gesundheit der Bevölkerung abgehalten werden kann.

GENUK e.V., Gemeinnütziges Netzwerk für Umweltkranke,  
[www.genuk-ev.de](http://www.genuk-ev.de), [vorstand@genuk-ev.de](mailto:vorstand@genuk-ev.de)